2. Für Baumaßnahmen können Gesamtvergütungen (Objektvergütungssummen) vereinbart werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- Vor Beginn der zusätzlichen Arbeit muß der Umfang der Leistungen exakt festliegen.
 - Der Zeitaufwand für die Arbeitsleistungen muß auf der Grundlage gültiger Arbeitsnormenkataloge des Ministeriums für Bauwesen und anderer Ministerien ermittelt werden. Als Normenstunden können bei Maßnahmen des „Mach mit“-Wettbewerbs auch die Angaben zur Arbeitszeit genutzt werden, die im Teil A der Broschüre „Katalog Selbsthilfe — Haus—Wohnung—Grünanlagen“ (VEB Verlag für Bauwesen) veröffentlicht sind. Soweit in Preisanordnungen die Verarbeitungskosten für Bauleistungen getrennt ausgewiesen sind, können bis zu 70% der Verarbeitungskosten als Vergütungssumme für die in zusätzlicher Arbeit zu erbringenden Leistungen vorgegeben werden.
 - Sind mehrere Bürger an der Baumaßnahme beteiligt, ist der Anteil des einzelnen an der Objektvergütungssumme vom Auftraggeber nach der Leistung zu bestimmen und an den Bürger auszuzahlen.

Sechste Durchführungsbestimmung* 1 zur Transportverordnung

— Bestimmungen für den Bereich Binnenschifffahrt und Allgemeine Leistungsbedingungen für Transportverträge mit dem VEB Deutsche Binnenreederei —

vom 13. August 1975

Auf Grund des § 25 der Transportverordnung (TVO) vom 28. März 1973 (GBl. I Nr. 26 S. 233) und des § 33 des Vertragsgesetzes vom 25. Februar 1965 (GBl. I Nr. 7 S. 107) wird zur Änderung der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 28. März 1973 zur Transportverordnung (GBl. I Nr. 26 S. 246) folgendes bestimmt:

§ 1

Der § 1 Abs. 1 der Zweiten Durchführungsbestimmung erhält folgende Fassung:

„(1) Über Schäden an Schiffsraum ist unverzüglich nach Feststellung der Tatbestand gemeinsam durch einen Beauftragten des Schiffseigners und den tatsächlichen oder vermuteten Schädiger oder seinen Beauftragten schriftlich aufzunehmen.“

§ 2

Der § 4 der Zweiten Durchführungsbestimmung erhält folgende Fassung:

„§ 4

(1) Zur Sicherung einer kontinuierlichen Transportdurchführung sind Transportkunden, die im Planjahr mehr als 1 000 Güter versenden, verpflichtet, ihren Transportbedarf im direkten bzw. kombinierten Transport für das folgende Planjahr der Binnenreederei bekanntzugeben.

(2) Die Bekanntgabe des Transportbedarfs für das folgende Planjahr hat bei der für den Versand zuständigen Schiffsstelle der Binnenreederei bis spätestens 10 Tage vor dem gesetzlich festgelegten Abgabetermin des Planentwurfs der Transportkunden schriftlich zu erfolgen.

(3) Der von den Transportkunden angegebene Transportbedarf bildet die Grundlage für den Abschluß der Transportverträge. Ergeben sich aus der staatlichen Auflage Änderungen gegenüber den voraussichtlichen Transportaufgaben, hat sie der Transportkunde der Binnenreederei unverzüglich bekanntzugeben.

(4) Die Binnenreederei hat dem Transportkunden spätestens 20 Tage nach Erhalt der bestätigten staatlichen Auflage seinen Transportplananteil bekanntzugeben.“

§ 3

Der § 10 der Zweiten Durchführungsbestimmung wird durch folgenden Abs. 4 ergänzt:

„(4) Die Transportkunden haben keinen Anspruch auf Bereitstellung von bestimmtem Schiffsraum gemäß § 30. Die Binnenreederei ist berechtigt, mehrere Teilladungen in einem Schiff zu transportieren, wenn sich die Teilladungen hierzu eignen.“

§ 4

Der § 40 Abs. 4 der Zweiten Durchführungsbestimmung erhält folgende Fassung:

„(4) Die Vertragserfüllung ist von den Transportkunden und der Binnenreederei ständig zu überwachen. Vertragsstrafen sind unverzüglich nach Ende des Monats in Rechnung zu stellen. Vertragsstrafen gemäß Abs. 1 Ziff. 2 Buchst. b und Abs. 2 Ziffern 1 und 2 sind unverzüglich nach ihrer Entstehung in Rechnung zu stellen.“

§ 5

Diese Durchführungsbestimmung tritt am 1. Oktober 1975 in Kraft.

Berlin, den 13. August 1975

Der Minister für Verkehrswesen

I. V.: Wedprecht
Staatssekretär

Berichtigung

Das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen weist darauf hin, daß die

1. Zweite Durchführungsbestimmung vom 9. Juli 1975 zur Hochschullehrervergütungsverordnung (HVO) (GBl. I Nr. 33 S. 613) wie folgt zu berichtigen ist:

— im § 1 Abs. 3 muß es richtig heißen: „— mit Wirkung vom 1. März 1975 vorzunehmen“.

2. Dritte Durchführungsbestimmung vom 9. Juli 1975 zur Mitarbeitervergütungsverordnung (MWO) (GBl. I Nr. 33 S. 614) wie folgt zu berichtigen ist:

— im § 1 Abs. 5 muß es richtig heißen: „I. mit Wirkung vom 1. März 1975 vorzunehmen“.

* 5. DB vom 28. März 1973 (GBl. I Nr. 26 S. 260)